

# Aufrüstung fördert keinen Frieden

## In Gedanken bei unter Krieg leidenden Menschen

In Gedanken bei den Menschen in und aus der Ukraine, die unter dem Angriffskrieg von der aktuellen russischen Regierung gegen die Ukraine leiden, und bei den Menschen in Russland, die mutig gegen das russische Regime demonstrieren, irritiert es, wenn in diesen Tagen mit diesem Krieg grosse wirtschaftliche Gewinne erzielt werden, da die Aktienkurse von Rüstungsfirmen wegen den Kampfhandlungen auf dem europäischen Kontinent in die Höhe schnellen. Auch die Aufforderung von Bundesrätin Viola Amherd an die Initiantinnen und Initianten, wegen des Kriegs in der Ukraine die Unterschriftensammlung gegen den Kampfjet F-35 abzubrechen, erweist sich als nicht sehr weiterführender Zwischenruf. Der Bundesrat sollte sich darauf fokussieren, die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Diktator Wladimir Putin und seinen Machtzirkel konsequent durchzusetzen und dafür sorgen, dass keine Schlupflöcher und Ausweichmöglichkeiten in der Schweiz bestehen. Er sollte den Menschen in der Ukraine und auf der Flucht aus der Ukraine umfassend helfen bzw. sie unbürokratisch aufnehmen. Dabei sollten auch Sprachkurse und andere Integrationsmassnahmen durch den Bund finanziert werden, da zum jetzigen Zeitpunkt unklar ist, wann und ob eine Rückkehr in die Ukraine wieder möglich sein wird. Schliesslich sollte die Schweiz russische Soldaten, die als Deserteure dem Krieg entflohen, als Kriegsflüchtlinge aufnehmen, wie dies der Wirtschaftsethiker Ingo Pies für die EU vorschlägt.

## Der moralische Kompass des Bundesrates sollte repariert und neu austariert werden

Die innenpolitische Instrumentalisierung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine bildet ein weiteres



Beispiel dafür, dass der moralische Kompass des Bundesrates repariert und neu austariert werden sollte. Dieses fügt sich an das problematische Zuwarten des Bundesrates bei den internationalen wirtschaftlichen Sanktionen an, das er schlussendlich wegen des grossen internationalen Druckes korrigiert hat: Angesichts der Tatsachen, dass fast jeder dritte US-Dollar, den russische Unternehmen sowie russische Bürgerinnen und Bürger im Ausland haben, auf Schweizer Banken liegt – insgesamt 11 Milliarden US-Dollar (so viel wie in keinem anderen Land!) –, und dass 80 % der russischen Rohstoffe in der Schweiz gehandelt werden, wäre es von hoher Bedeutung gewesen, dass sich der Bundesrat sofort den internationalen Sanktionen angeschlossen und nicht wertvolle Zeit verstreichen lassen hätte. In Anbetracht der eklatanten Völkerrechtsverletzung, wie sie durch diesen Angriffskrieg der russischen Regierung vorliegt, ist Neutralität aktiv zu gestalten. Neutralität heisst nicht Passivität.

## Aufrüstung sät keinen Frieden

Krieg ist immer ein Scheitern der Politik, der oftmals beteuerten Absicht zum Frieden und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Daher sollte nicht

aufgerüstet werden, sondern kritischer hinterfragt werden, was man politisch, diplomatisch und insbesondere im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit besser machen kann, damit Diktatoren früher die Grenzen für ihr nationalitätsbezogenes und egoistisches Handeln aufgezeigt sowie Menschenrechtsverletzungen und Krieg verhindert werden können.

Aufrüstung kann keine nachhaltige Antwort auf Krieg sein, weil diese Ressourcen (Geld, Talent, Rohstoffe, etc.) besser für wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt werden sollten als für Waffen. Aufrüstung ist das Eingeständnis der Staatengemeinschaft, in einer nicht friedensorientierten Welt zu existieren und daher zu einem Mittel greifen zu müssen, das im Moment Ärgeres vermeiden helfen mag, aber langfristig keine Lösung bietet. Eine bessere, da gewaltlose Option sind gezielte und konsequent durchgesetzte wirtschaftliche Sanktionen gegen den russischen Präsidenten und sein persönliches und politisches Umfeld.

Aus ethischer Perspektive wäre es notwendig, dass Staaten und Unternehmen die Einhaltung der Menschenrechte als Bedingung für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit setzen. Dazu hat man rechtstaatliche Instrumente, wie zum Beispiel das von der EU-Kommission vorgeschlagene Konzernverantwortungsgesetz, das eine positive Veränderung bringen könnte. Die Schweiz sollte hier jetzt gleichziehen, wie es Bundesrätin Karin Keller-Sutter bei der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative, die das Volk angenommen hat, die aber am Ständemehr gescheitert ist, versprochen hat. Es ist geboten, dass der Bundesrat in seinem moralischen Kompass die Menschenrechte ausnahmslos als Minimalstandard politischen Handelns einbaut.

Peter G. Kirchschräger